



**UNSERE MISSION:
GERECHTIGKEIT.**
OGB

SOZIALE SICHERHEIT MITBESTIMMUNG CHANCENGLEICHHEIT VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT



www.oegb.at

**FACT-
SHEET**

Steuerpolitik

DIE FAKTEN:

In Österreich sind im internationalen Vergleich die Löhne und Gehälter sehr hoch besteuert, während bei der Besteuerung der Vermögen Österreich einen der letzten Plätze in der OECD einnimmt.

Von den guten Lohn- und Gehaltserhöhungen, die die Gewerkschaften jährlich vereinbaren, bleibt den Beschäftigten netto zu wenig übrig.

WAS ANDERE WOLLEN:

Die Steuerquote ist viel zu hoch, kritisieren IV und Wirtschaftskammer regelmäßig. Neue Steuern, allen voran Vermögenssteuern, würden den Standort belasten, Arbeitsplätze vernichten und Investoren vertreiben. Zur Senkung der Abgabenlast sollten die Lohnnebenkosten gesenkt werden, wird regelmäßig vorgeschlagen, u. a. die Beiträge zur Kranken- und zur Sozialversicherung.

Vermögenssteuern würden den breiten Mittelstand treffen und zu wenig Einnahmen bringen, wird behauptet, mit dem Ziel, die Menschen gegen diese Steuern aufzubringen.

DIE ÖGB-FORDERUNGEN:

- » Mehr Netto vom Brutto – Tarifstufen und Freibeträge sollen an die Inflation angepasst werden, damit die jährlichen Lohnerhöhungen bei den ArbeitnehmerInnen landen und nicht beim Finanzamt.
- » Negativsteuer bis zu einem Einkommen von 1.300 Euro brutto.
- » Erhöhung und Ökologisierung des Pendlerpauschales.
- » Wiedereinführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer als Mitfinanzierung zum Pflegefonds.
- » Wiedereinführung einer Vermögenssteuer ab einem Reinvermögen (Vermögen minus Schulden) von 700.000 Euro.
- » Konsequente Umsetzung der Finanztransaktionssteuer; Zweckwidmung der Einnahmen für öffentliche Dienstleistungen.
- » Börsenumsatzsteuer; solange, bis eine zumindest europaweite Finanztransaktionssteuer kommt.
- » Wertschöpfungsabgabe: Einige Abgaben, die die Unternehmen leisten, sind abhängig von der Lohnsumme – viele Beschäftigte bedeuten also hohe Abgaben. Daher soll die Wertschöpfung eines Betriebs Bemessungsgrundlage werden.
- » Einschränkung von Möglichkeiten, mit denen Unternehmen ihre Steuern minimieren können, z. B. Gruppenbesteuerung.
- » EU-weite Mindest-Körperschaftssteuer (Köst), damit sich die EU-Länder nicht gegenseitig Konkurrenz um Unternehmensstandorte machen.
- » Spitzeneinkommen von Managern sollen nicht mehr als Betriebsausgaben steuerlich geltend gemacht werden dürfen.

WARUM FORDERN WIR DAS?

Geld ist genug da, um sozialstaatliche Leistungen zu finanzieren – es ist aber ungleich verteilt. Die Superreichen würden es nicht einmal spüren, wenn sie von ihren Vermögen einen Beitrag zahlen müssten. Mehr Netto vom Brutto für die ArbeitnehmerInnen, und mehr Beiträge der Reichen in den Steuertopf, das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Alle Forderungen auf: www.bundeskongress.at